

Chinas 6,9%-Wachstum: Die Überlegenheit des Plans

von: Fred Schmid, 28.01.2018



2006 | [Frank Yu, Flickr](#) | CC BY-SA 2.0

Die China-Astrologen wussten es wieder ganz genau. Zu Beginn des Vorjahres prophezeiten sie "Düstere Aussichten für Chinas Wirtschaft", wie das Handelsblatt titelte (13.1.17), Und die ZEIT-Online (13.1.17): „Aussichten für Chinas Wirtschaft verdüstern sich“. Als dann ein Jahr später, im Januar 2018, der chinesische Statistik-Chef ein Jahreswachstum des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) von 6,9 % verkündete, registrierte die SZ das mit einem dünnen Einspalter: „Überraschung aus Peking“ (19.1.18). Auch John Litwack, leitender Ökonom für China bei der Weltbank: „Chinas BIP-Wachstum 2017 hat uns positiv überrascht“.

Chinas Wachstum hatte sich seit 2010 erstmals wieder beschleunigt. Mit dem 6,9%-Zuwachs trug es knapp ein Drittel zum globalem Wirtschaftswachstum bei. In Dollar gerechnet machte der 6,9%- Zuwachs über 700 Milliarden Dollar aus, das ist mehr als z.B. die gesamte Wirtschaftsleistung der Schweiz (680 Mrd. Dollar), die so in einem Jahr dazu gekommen ist.[1]

Die Wachstumsrate war im vergangenen Jahr dreimal so hoch wie die Deutschlands oder der USA, denen mit ihrem BIP-Plus von jeweils 2,3% „Wachstumswunder“ bescheinigt wird. Gemessen am BIP pro Kopf ist China jedoch nach wie vor ein Schwellenland und lag 2016 mit 8113 Dollar im Ländervergleich an 74. Stelle, hinter Mexiko 8555 und Brasilien 8727 Dollar. Zum Vergleich: USA BIP/Kopf 57.436, Deutschland 41.902 Dollar (2016).

Das hohe chinesische Wachstum ist umso erstaunlicher, als sich das Land mitten im Umbau seines Wirtschaftsmodells zu einer intensiv-erweiterten Reproduktion befindet, verbunden mit sukzessivem Abbau von Überkapazitäten (Kohle, Stahl, Zement u.a.) und umweltbedingten Stilllegungen bzw. Einschränkungen industrieller Produktion.

Die Wachstumstreiber waren im Vorjahr der Konsum, Dienstleistungen, Export (hierbei erste positive Auswirkungen der Seidenstraßen-Strategie) und schnelle Expansion der High-Tech-Branchen.

- **Konsum:** Die verfügbaren Einkommen pro Kopf stiegen 2017 real - also nach Abzug der Preissteigerung - um 7,3% auf 4.033 Dollar Jahreseinkommen (Stadt: 5.651 \$, Land 2.086 \$; bei den 180 Millionen Wanderarbeitern betrug das Pro-Kopf-Jahres-Einkommen etwa 2.200 Dollar) (vgl. China Daily (CHD), 18. u. 19.1.18; Global Times 18.1.18).
- **Inflation:** Der Verbraucherpreisindex lag 2017 bei 1,6% (2016: zwei Prozent). Besonders wichtig für die Kaufkraft und Lebenshaltung von Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen, war der Rückgang der Lebensmittelpreise um 1,4 Prozent.
- **Einzelhandelsumsätze:** Die Einzelhandelsumsätze nahmen infolge der Kaufkraftsteigerung um 10,2 Prozent zu - preisbereinigt um 8,6%. „Die Einzelhandelsumsätze haben signifikant zu Chinas Wachstum beigetragen, da sich das Land von einer exportgetriebenen Wirtschaft zu einer Konsum-Gesellschaft umstellt“ (CHD, 18.1.18). Der Konsum trug 58,8% zur ökonomischen Expansion bei (CHD, 25.1.18).
- **Steuereinnahmen:** Chinas Steuereinnahmen sind 2017 um 7,4% auf, umgerechnet, 2,7 Billionen US-Dollar gestiegen.
- **Dienstleistungen:** Chinas Dienstleistungssektor expandierte um 8 Prozent im Jahresvergleich und macht jetzt knapp 53% des BIP aus.
- **Außenhandel:** Im Jahr 2017 stiegen Chinas Exporte im Vergleich zu 2016 um 7,9% an, die Importe nahmen um 15,9% zu (FAZ, 19.1.18): „Die Ausfuhren trugen zum Wachstum 0,6 Prozentpunkte bei“ (ebenda). China profitierte von der insgesamt robusten Weltkonjunktur, mit einem Wachstum des Welt-BIPs von drei Prozent.
- **Industrie-output:** Die Industrie-Produktion stieg um 6,6%. Die starke Leistung schreibt das Nationale Statistikamt (NBS) dem scharfen Wachstum neuer Industriesektoren zu, wie der industriellen Robotik, new-energy-vehicles, neuen Techniken zur Nutzung der Solarenergie und der Produktion integrierter Schaltkreise (CHD, 18.1.18). Aber auch die Dienstleistungen im Digital-Bereich seien stark angewachsen. Die Umsätze in den Bereichen Telekommunikation, Internet & Software und Informationstechnologie dürften sich 2017 um 50 bzw. 30 bzw. 13 Prozent erhöht haben (BRS, 27.12.17).

Insgesamt vollziehe sich eine Umstrukturierung von der „old economy“ (Schwerindustrie) zur „new economy“ (Dienstleistungen und High-Tech-Industrien), meint Chinas Chef-Statistiker Ning Jizhe (GT, 19.1.18). Die regierungsnahen Global Times schreibt: „Analysten glauben, dass China durch eine Phase „kreativer Zerstörung“ geht, in der quirlige neue Sektoren mit noch dominierenden alten Sektoren koexistieren“ (GT, 19.1.18). Xu Hongcai, stellvertretender Direktor des Chinesischen Zentrums für internationale Wirtschaftsbeziehungen, wählt ein drastischeres Bild: „Die alten Industrien sind gewissermaßen im Schlamm ihrer eigenen Überkapazitäten steckengeblieben“ (BRS, 8.1.18). Es gelte, jetzt neue Wachstumsgeneratoren zu entdecken und zu fördern.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Wandel in der Struktur der **Direktinvestitionen** festzustellen. Die Direktinvestitionen stiegen 2017 auf ein Allzeithoch von 136,4 Mrd. Dollar: + 7,9% (CHD, 17.1.18). Vor allem Direktinvestitionen in die High-Tech-Industrie stiegen stark an: + 61,7%. Ausländische Firmen profitieren so von Chinas Aufholjagd bei neuen Technologien und umgekehrt fördern sie diesen Prozess. Damit korrespondiert: „China investiert so viel in Deutschland wie nie“ (FAZ, 25.1.18): 13,7 Milliarden Dollar. Es konzentriert sich bei

seinen DI in deutsche Unternehmen auf strategisch wichtige und High-Tech-Branchen.

High-Tech-Industrie (einschließlich der Entstehung neuer Industrien und Ökonomien, wie E-Kommerz, 4G und 5G-Technologien, „mobile payment, virtual reality and the sharing economy“) und **Maschinen- und Anlagenbau/Ausrüstungsindustrie** generierten ein höheres output-Wachstum von 13,4% respektive 11,3% im Jahr 2017, während der Bergbau- und Zement-Sektor jeweils einen Rückgang von 1,5% auf Jahresbasis verzeichneten; die Textil- und Kohleindustrie wuchsen nur noch um 4 bzw. 3,2 Prozent (CHD, 19.1.18). Das fundamentale Kennzeichen der „neuen Ära“, sei eine „Verschiebung von einem high-speed Wachstum zu einer high-quality Entwicklung“ (ebenda).

Insgesamt zeige die Strategie „Made in China 2025“ positive Wirkungen, so chinesische Quellen (siehe auch Fred Schmid: „China im globalen Kapitalismus“, isw-report 109, hier insbesondere: „'Made in China 2025'- Chinas Aufstieg zur High-Tech-Macht“, S. 49ff). Wang Peng, stellvertretender Direktor am Chinesischen Zentrum für die Entwicklung der Informationstechnologie, sagte im Dezember 2017: „Das erwartete starke Momentum (des Wachstums - F.S.) liegt hauptsächlich in der Strukturreform bei der Angebotsseite im Industriesektor. Dazu zählt der Abbau der Überkapazitäten, was die Vitalität der gesamten Industrie angetrieben und die wirtschaftliche Qualität verbessert hat“ (BRS, 27.12.17).

Herausforderungen 2018: Die „drei harten Schlachten“

Die vorgegebenen Ziele 2017 für den Abbau von Überkapazitäten wurden offenbar erreicht. Die Stahlkapazitäten wurden um 50 Millionen Tonnen zurückgefahren, bei der Kohle waren es 150 Millionen Tonnen und auch die Kapazitäten bei der Zementherstellung wurden reduziert. Nach Politbüro-Mitglied Liu He, der Chinas Führung beim Weltwirtschaftsforum (WEF) vertrat, erklärte in Davos: Seit 2016 wurden 115 Millionen Tonnen Stahlkapazitäten und über 500 Millionen Tonnen Kohlekapazitäten stillgelegt (CHD, 25.1.18).

Der Kapazitätsabbau, der sich 2018 fortsetzen soll, ist Teil der so genannten **supply-side-Struktur-Reform** (angebotsseitige Strukturreform), die 40 Jahre nach der „Politik der Öffnung“ der chinesischen Wirtschaft zum Weltmarkt jetzt im Mittelpunkt der Reformen steht. Vor allem wird damit eine Beschleunigung der Innovationen, eine Erhöhung der Produktivität und Verbesserung der Kostenstruktur sowie qualitativ höheres Wirtschaften angestrebt.

Auf der alljährlichen **zentralen Konferenz für Wirtschaft und Arbeit**, die vom 18. bis 20. Dezember 2017 tagte, wurden Ziele und Schwerpunkte für das Jahr 2018 und bis 2020, dem letzten Jahr des 13. Fünfjahrplans (2016 - 2020), festgelegt. Es wurde dabei betont, dass die Wirtschaft des Landes in Zukunft durch vorrangig innovative Fertigung, ein besser abgesichertes Finanzsystem, eine offenere und nachhaltigere Wirtschaft sowie durch staatliche Bereitstellung von weit mehr bezahlbarem Wohnraum und verbesserte Lebensbedingungen für die Menschen charakterisiert sein soll. Die Verdoppelung des Pro-Kopf-Einkommens zwischen 2010 bis 2020 gilt dabei so gut wie sicher.

Jetzt gelte es, Chinas „drei harte Schlachten“ zu schlagen: die Entschärfung und Vermeidung von Großrisiken, insbesondere im Finanzbereich, die gezielte Bekämpfung der Armut und eine Linderung und gravierende Reduzierung der Luft- und Umweltverschmutzung (BRS, 8.1.18 und 18.12.17).

Blauer Himmel über Peking: Am sichtbarsten im wahrsten Sinn des Wortes sind Fortschritte bei der Bekämpfung der Luftverschmutzung. Selbst westliche Medien gestehen ein, dass sich die Luftqualität in Peking und teilweise auch in anderen Millionenstädten verbessert habe. „Die Pekinger erleben ihr blaues Wunder: den schönsten Winterhimmel seit Jahren“, schreibt die SZ (12.1.18). Im letzten Quartal 2017 fielen laut Greenpeace die Verschmutzungswerte in Peking gegenüber dem Vorjahr um 53,8 Prozent. In 27 wichtigen Städten der Nordostregion war die Smogkonzentration um gut ein Drittel geringer; landesweit sind es aber erst fünf Prozent Smogreduzierung (HB, 19.1.18). Es machen sich die Maßnahmen der Regierung zur Reduzierung der Luftverschmutzung bemerkbar, wie Stilllegung der größten Dreckschleudern, Installation gigantischer Luftreiniger, Reduzierung der umweltschädlichen Produktion - insbesondere bei der Schwerindustrie - sowie ein teilweises Verbot von Kohleheizungen in Städten mit hoher Smog-Belastung. Das geschieht zum Teil ohne rechtzeitiger Gasinstallation und dem Abriss ganzer Wohnviertel mit Kohleöfen, wie z.B. in Peking, was zu erheblichen sozialen Härten gerade bei Wanderarbeitern führte. Aber das HB (19.1.18) ist überzeugt, dass es die Behörden „schon schaffen, den Umbau sozialverträglich zu gestalten“. Insgesamt sei es ein „Durchbruch“, der sich abzeichne.

Linderung der Armut: Die Erfolge der chinesischen Führung bei der Armutsbekämpfung sind beispiellos. FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner muss eingestehen: „China hat dank der Öffnung der Wirtschaft in nur drei Jahrzehnten Hunderte Millionen Menschen aus der Armut geholt. Eine größere Erfolgsgeschichte in der globalen Armutsbekämpfung ist nicht bekannt“ (FAZ, 7.1.18). 1978, zum Start der Öffnungspolitik, lebten 90% der damals 800 Millionen Chinesen unter der absoluten Armutsgrenze von 1,90 Dollar pro Tag. Heute, vierzig Jahre danach, sind es „nur“ noch 43 Millionen (Spiegel, 21.10.17): drei Prozent der Bevölkerung von knapp 1400 Millionen. In den vergangenen vier Jahren konnte die von absoluter Armut betroffene Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Bereich, um 55,6 Millionen vermindert werden, jährlich also um 13,9 Millionen Menschen. Das Ziel, bis zum 100. Geburtstag der KP Chinas - 2020 - die absolute Armut in China ganz zu beseitigen, ist also realistisch.

Man will sich damit aber nicht zufriedengeben. Denn die Menschen sind nicht allein mit einer Grundversorgung wie Nahrung und Kleidung zufrieden, erklärt der bereits erwähnte Xu Hongcai. Er weist darauf hin, dass die Kluft zwischen Arm und Reich auch in China immer größer werde. China (einschließlich Taiwan, Hongkong und Macao) hat nach der Hurun-Liste mit 609 Dollar-Milliardären die meisten der Welt (siehe auch Fred Schmid, a.a.O., S. 49). Die soziale Sprengkraft der krass ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung führt nur deshalb nicht zu größeren sozialen Explosionen, weil bislang die steigende Sozialprodukts-Flut alle Schiffe im Hafen anhob, wenn auch in ungleichem Ausmaß. Will sagen, solange die Arbeitslosigkeit in den Städten niedrig ist - 2017 3,9% in den Städten; 13,5 Millionen Jobs wurden im Jahr 2017 neu geschaffen (CHD, 26.1.18) - und die Reallöhne in hohem Maße pro Jahr

steigen (sechs bis zehn Prozent), kommt es nicht zu systemgefährdenden sozialen Unruhen. „Die Stundenlöhne der Arbeiter haben sich – (inflationbereinigt F.S.) – seit 2006 von 1,20 auf 3,60 Dollar verdreifacht“, schreibt der Spiegel (21.10.17) und „liegen damit höher als in den meisten Schwellenländern und reichen bald an die in Portugal (4,50 Dollar) heran“.

Platzen die Finanzblasen?

Das bedeutendste Großrisiko geht zweifellos von den Finanzblasen aus, die sich in der chinesischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren aufgebaut haben, insbesondere im Immobilienbereich und der Finanzspekulation sowie durch die zunehmende Verschuldung des Landes.

Das Ausmaß der **Immobilienblase** ist nach wie vor bedrohlich, wie die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften (CASS) in einer im Dezember 2017 vorgelegten Untersuchung feststellt. Danach sind im vergangenen Jahr in den 33 größten Städten die Immobilienpreise um 42 Prozent gestiegen (vgl. FAZ, 12.1.18). 2017 sei zwar die zusätzliche Vergabe von Hypotheken zum Stillstand gekommen, 2016 seien sie noch um 35% gestiegen. Insbesondere die chinesische Mittelschicht – mit 400 Millionen Menschen die größte der Welt – investiert ihre Ersparnisse in eine Immobilie und spekuliert auf den anhaltenden Immobilienboom.

Durch Erhöhung der Anzahlungen beim Wohnungs- und Hauskauf versucht die Regierung gegenzusteuern; nur 50 bis 70 Prozent der Kaufsumme dürfen durch Bankkredite finanziert werden, doch gibt es zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten. Das gilt auch für die Festlegung, wonach eine chinesische Familie höchstens zwei Wohnungen erwerben darf und für die zweite Wohnung 60% der Bausumme in bar aufgebracht werden muss. Zugleich ist ein großes staatliches Programm zur Schaffung „erschwinglichen Wohnraums“ aufgelegt worden, und es gibt eine staatliche Förderung des Kaufs oder Miete von Wohnungen.

Eine der größten Herausforderungen in China 2018 bestehe darin, so die zentrale Konferenz, ein robustes Wachstum aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die **Unternehmensverschuldung** zu reduzieren (Unternehmensverschuldung etwa 115% des BIP – FAZ, 15.10.17)

Die Verschuldung gerade der Staatsbetriebe rührt zum großen Teil auch daher, dass sie der Regierung (und auch lokalen Behörden/Provinzregierungen) als Planungsinstrumente und Hebel bei der Umsetzung struktur- und industriepolitischer Vorhaben dienen und dadurch von den Staatsbanken relativ üppig mit Krediten versorgt werden. Der staatliche Sektor kann diese Planungs- und Lenkungsfunktion relativ gut wahrnehmen, da die staatlichen Großkonzerne nach wie vor die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt halten. Auch als konjunkturpolitische Stimuli werden sie eingesetzt, um Kriseneinbrüche zu verhindern: Keynesianisches Deficit-Spending zur Wachstumsanregung. Kommt hinzu, dass vor allem die zentral gelenkten Staatsbetriebe in den vergangenen Jahren eine Phase der Modernisierung, der Um- und Restrukturierung durchlaufen haben, die ebenfalls mit zusätzlichen Kreditaufnahmen verbunden war. Die Reformen scheinen sich jedoch auszuzahlen, die Staatsbetriebe sind keineswegs „marode“, wie in westlichen Medien teilweise

dargestellt, sondern weisen ansehnliche Renditen auf. So stiegen die Gewinne der 98 zentral verwalteten Staatskonzerne im vergangenen Jahr um 15,2% auf 218 Milliarden Dollar; die gesamten Staatsbetriebe wiesen gar eine Profit-Steigerung von 23,5% auf 453 Milliarden Dollar auf. Chinas Industriebetriebe registrierten mit 21 Prozent Profitwachstum, das höchste seit 6 Jahren: insgesamt 1,19 Billionen Dollar Gewinn.

Die zentral verwalteten Staatsbetriebe haben sich 2017 per Saldo nicht neu verschuldet, sondern ihren Verschuldungsgrad um zwei Prozentpunkte leicht reduziert; sie werden jetzt verstärkt zum Abbau ihrer Verschuldung gedrängt. Auf dem 19. Parteikongress versprach die chinesische Führung, durch weitere Reformen die Staatsbetriebe noch „stronger, better and bigger“ zu machen, sie zu Weltklasse-Wettbewerbsfirmen zu formen (CHD, 2.1.18).

Den Unsicherheiten auf den Finanzmärkten wird auch mit Verschärfung und zusätzlichen Regulierungen, Spekulationseinschränkungen (z.B. Verbot des Minings und Handels mit Bitcoins) und Devisenkontrolle begegnet.

Trotz dieser Reformen ist es für manchen westlichen Ökonomen dennoch nur eine Frage der Zeit, wann China eine Finanzkrise erlebt. DIW-Präsident Marcel Fratzscher verweist darauf, dass kein geringerer als der chinesische Zentralbankgouverneur gerade während des Parteitags der KP Chinas eine ungewöhnlich harsche Warnung vor einem „Minsky Moment“ aussprach (vgl. FAZ, 20.10.17). Fratzscher: „So nennt die Wirtschaftswissenschaft eine Situation, in der übertriebener Optimismus zu einem nicht nachhaltigen Wirtschaftsboom beiträgt, der ultimativ in einer Krise enden kann“ (HB, 10.1.18). Die „Ungleichgewichte in Chinas Volkswirtschaft“ hätten sich gemehrt, Fratzscher verweist weiter auf die vielen faulen Kredite von Staatsunternehmen bei Banken und das Gesamtschulden- und Immobilienproblem. Eine chinesische Finanzkrise hätte riesige Auswirkungen auf die Realwirtschaft und auf die Weltwirtschaft, da China zu einem „zentralen Drehkreuz in der Weltwirtschaft geworden ist“, so Fratzscher. Vieles spreche dafür, „dass China ultimativ eine Finanzkrise erleben wird“. Zugleich schränkt er seine Prognose ein und betont, dass „Chinas Wirtschaftspolitik große Stärken und Sicherheitsmechanismen“ hat. Vor allem habe es das Land vermieden, seine Kapitalmärkte zu schnell zu öffnen und die Währung zu liberalisieren, zudem stütze es die Wirtschaft durch gezielte Kreditvergabe, wie während der globalen Finanzkrise. Des Weiteren halte die Zentralbank enorme Währungsreserven, die im vergangenen Jahr kontinuierlich gestiegen und die 3000-Milliarden-Dollar-Marke wieder überschritten haben (3.100 Mrd. \$)

Asienexperte und Yale-Professor Stephen S. Roach hält die Warnungen dagegen für „lauter falsche Alarme“ (HB, 24.8.17). Er macht geltend: „Dem internationalen Währungsfonds zufolge wird Chinas volkswirtschaftliche Sparquote 2017 bei 45% des BIP liegen und deutlich über 28 Prozent in Japan. So wie Japan mit einer Staatsverschuldung in Höhe von 239 Prozent des BIP in der Lage war, eine Staatsschuldenkrise zu umgehen, ist China mit seinen deutlich höheren Ersparnissen und einer deutlich geringeren Staatsverschuldung (nur etwa 60% des BIP - F.S.) viel besser aufgestellt, um eine solche Implosion zu verhindern“. Auch die Gefahrenannahme im Hinblick auf den chinesischen Immobilienmarkt hält er für übertrieben, weil die fortschreitende Urbanisierung und das Anwachsen der

städtischen Mittelschicht eine anhaltende Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt garantieren.

„Zeit des Handelskriegs“

Bleiben als Groß-Risiken für die chinesische Wirtschaft geopolitische Konflikte und Imponderabilien, insbesondere im Verhältnis zu den USA. Die befürchtete Handelskriegs-Lawine ist zwar nicht auf Davos niedergegangen. US-Präsident Trump gab sich beim Weltwirtschaftsforum (WEF) versöhnlich und beschränkte sich aufs Hofhalten mit Weltwirtschaftsführern. Doch besteht weiterhin akute Lawinengefahr für das „globale Dorf“ Weltwirtschaft. Erste Scharmützel eines Handelskriegs wurden mit den Strafzöllen auf chinesische Waschmaschinen und auf Solarmodule in Szene gesetzt. Zudem baute die Trump-Administration in Davos schon mal eine gehörige Drohkulisse auf. Vor Ankunft des US-Präsidenten in Davos luden US-Finanzminister Steven Mnuchin und Wirtschaftsminister Wilbur Ross in einen kleinen Konferenzraum des Davoser Kongresszentrums, und gaben sich als Vorhut ihres obersten Feldherrn. Handelskriege würden Tag für Tag auf der Welt ausgetragen, so Ross, neu sei nur, dass jetzt „die US-Truppen am Wall“ stünden (zit. nach SZ, 25.1.18). Und: „Wir leben schon seit einiger Zeit in einem Handelskrieg. Jetzt treten die amerikanischen Truppen gegen die Festungen an“, sagte Ross (FAZ, 25.1.18).

Die Festungen, das sind die Exportüberschuss-Länder Deutschland und Japan, in erster Linie aber China, dem die US-Handelskrieger unfaire Handelspraktiken und „Diebstahl geistigen Eigentums“ vorwerfen. Von einer Handels-Festung China“ kann allerdings keine Rede sein. Der chinesische Außenhandel entwickelte sich stärker als erwartet, doch während die Exporte um 7,9 Prozent zulegten, stiegen die Importe mit 15,9 Prozent doppelt so schnell. Auch der Vorwurf „Abschottung“ ist haltlos, wenn man bedenkt, dass ausländische Direktinvestitionen nach China 2017 einen absoluten Rekordwert erreichten und tausende Firmen neu in China investierten.

Allerdings läuft der Handel mit den USA nicht so, wie Trump es will. Das Defizit der USA gegenüber China ist im ersten Amtsjahr Trumps stark gewachsen: Um neun Prozent stieg der Bilanzüberschuss Chinas, Waren im Wert von etwa 300 Milliarden Dollar mehr wurden von China in die USA exportiert als umgekehrt, eine persönliche Schmach für Trump (SZ, 22.1.18).

Es kann also durchaus sein, dass Trump bei seiner Rede zur „Lage der Nation“ mit dem Motto „Ein sicheres, starkes und stolzes Amerika bauen“ am Dienstagabend (30.1.18) im Handelskonflikt noch einmal nachlegt und einen größeren Handelskrieg vom Zaun bricht. Im Zusammenhang mit dem Vorwurf des Ideenklaus Chinas drohte Trump bereits Bußgelder in ungeahnten Dimensionen an: „Wir sprechen über einen hohen Schadensersatz. Wir sprechen über Zahlen, über die Sie noch nicht einmal nachgedacht haben“ (zit. nach FAZ, 19.1.18). Er wolle, so erklärte er am 18. Januar in Washington, seine Zahlen in seiner Rede an die Nation konkretisieren. „Aktuell werden in Washington Bußgeldsummen bis zu einer Billion Dollar lanciert“, berichtet die FAZ (19.1.18). Chinesische Gegenmaßnahmen würden dann wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Vor einem Jahr warnte Chinas Staatspräsident Xi Jinping auf dem

Weltwirtschaftsforum in Davos mit Nachdruck vor neuen Konfrontationen und Handelskriegen. „Niemand kann als Gewinner aus einem Handelskrieg hervorgehen“. Aber alle würden verlieren. „Wir müssen Nein sagen zum Protektionismus. Protektionismus heißt, sich einzuschließen wie in einer Dunkelkammer, wo es möglicherweise weder Wind noch Regen gibt, aber eben auch weder Luft noch Licht“.

Abkürzungen

BRS - Beijing Rundschau, früher Peking-Rundschau, chinesische Wochenzeitung in mehreren Sprachen

CHD - China Daily, größte englischsprachige Tageszeitung Chinas

FAZ - Frankfurter Allgemeine Zeitung

GT - Global Times, regierungsnah englischsprachige Tageszeitung Chinas

HB - Handelsblatt

SZ - Süddeutsche Zeitung

[1] In nominalen Dollars gerechnet, ist China hinter den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft: USA 2017: 19.362 Milliarden Dollar; China 11.937 Milliarden Dollar; Deutschland 3.652 Mrd.; berechnet nach Kaufkraftparitäten ist China mit großem Abstand die Nummer 1 der globalen Ökonomien: 2017: 23.122 Mrd. Dollar; USA 19.362 Mrd., Deutschland 4.150 Mrd. Dollar.